

### **Fragen an die zur Landtagswahl stehenden politischen Parteien in Schleswig-Holstein:**

1. Welchen Stellenwert hat für Ihre Partei der Wassersport/ der Wassertourismus für Schleswig-Holstein?
2. Als wie bedeutsam erachtet Ihre Partei den Wassersport für den Tourismus in Schleswig-Holstein und für die Attraktivität Schleswig-Holsteins als Studien-, Ausbildungs- und Wohnort für junge Menschen?
3. Wenn Ihre Partei, in der nächsten Legislaturperiode für Wirtschaft und Tourismus zuständig wäre. Wie würden Sie den Wassertourismus fördern?
4. Große Teile des schleswig-holsteinischen Küstenmeeres sind Natura 2000-Gebiete. Würde Ihre Partei zum Schutz der Tier- und Pflanzenwelt Wasserflächen für den Wassersport vorsorglich sperren oder nur auf Basis von wissenschaftlich fundierten Fakten?
5. Sollte das Kitesurfen an Nord- und Ostsee (und Elbe) über die heute bereits bestehenden Verbote (bestehende Naturschutzzonen, Vogelschutzgebiete, Badestrände etc.) hinaus räumlich und/oder zeitlich eingeschränkt werden?
6. Sollte das Kitesurfen an der Nordseeküste im Wege einer Novellierung der BundeswasserstrassenVO generell und bei gleichzeitiger Einrichtung von bestimmten Erlaubniszonen verboten werden?
7. Kitesurfen ist eine emissionsfreie und zukünftig olympische Sportart. Sollte diese gegenüber gleichartigen Wassersportarten wie z.B. Kanufahren, Windsurfen und Segeln gleichbehandelt werden?
8. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit plant im Fehmarnbelt ein neues Naturschutzgebiet. In diesem angeltouristisch bedeutsamen Gebiet soll in großen Teilen die Freizeitfischerei verboten werden? Wie steht Ihre Partei zu diesem Vorhaben des BMUB?
9. Seit Anfang 2017 gilt für die Freizeitfischerei in der westlichen Ostsee ein „bag limit“ auf Dorsch. Gleichzeitig wurde die Dorschquote für die Fischerei massiv gekürzt. Die Fischerei erhält hierfür von der EU, dem Bund und dem Land eine finanzielle Unterstützung. Für eine finanzielle Unterstützung der extrem betroffenen angeltouristischen Betriebe sind die Bundesländer zuständig. Wie würde Ihre Partei den betroffenen angeltouristischen Betrieben helfen?
10. Wohnen auf dem Wasser liegt im Trend. Viele Hafenbetreiber würden dieses gerne nutzen und entsprechende Angebote schaffen. Die aktuelle Auslegung der Rechtsprechung in Schleswig-Holstein macht es aber nahezu unmöglich ein entsprechendes Angebot wirtschaftlich darzustellen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen die rechtlichen Anforderungen für Wohnen auf dem Wasser/ Ferien auf dem Wasser in der nächsten Legislaturperiode zu erleichtern?